

Die öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich	41
Das Kaufkraftverhältnis zwischen der D-Mark und der Mark der DDR Mitte 1981	49

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 3/82

Berlin

21. Januar 1982

49. Jahrgang

Stöcklin

Die öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich

Relativ niedrige Staatsquote in der Bundesrepublik

Das Jahr 1981 brachte für die meisten westlichen Industrieländer eine schwere Rezession. Die Arbeitslosenquoten liegen mit knapp 5 vH (Bundesrepublik Deutschland) bis über 10 vH (Großbritannien) im Jahresdurchschnitt deutlich über dem Niveau vom Krisenjahr 1975; ein weiterer Anstieg ist schon jetzt abzusehen. Anders als damals, als weltweit Defizite der öffentlichen Haushalte hingenommen und öffentliche Mittel gezielt eingesetzt worden waren, um den wirtschaftlichen Einbruch aufzufangen, hat sich gegenwärtig in den meisten Ländern die Auffassung durchgesetzt, daß der Staat mit einer kompensatorischen Finanzpolitik nicht zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Einbruch aufzufangen, hat sich gegessen bemühen sich in vielen Ländern die Regierungen, rezessionsbedingt entstandene Defizite in erster Linie mittels Ausgabenkürzungen zu verringern. Die kontraktiv wirkende Geldpolitik — durch schwache Geldmengenexpansion und hohe Zinsen gekennzeichnet — wird somit durch das finanzpolitische Gebaren noch verstärkt. Dieses wirtschaftspolitische Verhalten erklärt sich indes keineswegs aus Mißerfolgen des Vorgehens im Jahr 1975. Damals waren positive Impulse der Staatstätigkeit auf Beschäftigung und Wachstum zu verzeichnen gewesen, sie klangen jedoch aufgrund rasch einsetzender Konsolidierungsbemühungen ab, noch ehe

sie ihre Wirkungen ganz entfaltet hatten¹. Heute ist das Verhalten nicht zuletzt in der Furcht begründet, daß durch wachsende staatliche Defizite dem Inflationsprozeß neue Nahrung gegeben und die Finanzpolitik infolge hohen Schuldenstandes und entsprechenden Schuldendienstes manövrierunfähig werden würde. Der gravierendste Einwand gegen eine aktive Haushaltspolitik besteht aber darin, daß bereits das gegebene Maß an Staatstätigkeit und die bestehenden Haushaltsdefizite die Privaten daran hinderten sich zu entfalten, weil diese zukünftige Steuererhöhungen zur Defizitdeckung fürchteten oder durch den Staat vom Kreditmarkt verdrängt würden. Für eine Wiederbelebung der Wirtschaft sei es infolgedessen erforderlich, daß der Staat sein Ausgabevolumen nicht noch ausweitere, sondern sogar zurückschraube; zugleich müsse so der Weg für die steuerliche Entlastung der Wirtschaft freigemacht werden.

Dieser Argumentation ist entgegenzuhalten, daß der Staat im Sinne der gewünschten Stabilisierungsfunktion im Konjunkturtief Teile des Produktionspotentials in Anspruch nimmt, die sonst unausgela-

¹ Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erschwert Abbau der Arbeitslosigkeit. Bearb.: Jochen Schmidt und Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/1977, S. 149 ff.

Staatliche Ausgaben und Einnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich¹⁾

in vH

		Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Vereinigtes Königreich	Dänemark	USA
Ausgaben insgesamt	1970	37,9	39,3	33,9	46,2	40,3	42,0	33,2
	1975	46,9	43,9	43,4	54,8	47,3	47,0	36,5
	1976	46,3	44,3	42,6	54,5	46,3	46,7	35,5
	1977	46,1	44,6	43,1	55,1	44,3	47,8	34,7
	1978	45,9	45,6	46,2	56,7	43,7	49,9	34,0
	1979	45,3	45,9	45,8	58,7	43,8	53,0	33,9
	1980	48,1	52,1	55,2	64,1	54,6	62,1	39,2
Einnahmen insgesamt	1970	38,2	40,2	31,1	45,4	42,9	44,1	32,2
	1975	41,1	41,6	31,8	52,1	42,2	45,2	32,3
	1976	42,7	43,8	33,6	52,2	41,3	45,8	33,4
	1977	43,7	43,8	35,2	53,2	40,8	46,1	33,7
	1978	43,2	43,8	36,5	54,0	39,4	48,3	34,0
	1979	42,4	45,2	36,3	54,8	40,6	49,7	34,4
	1980	44,5	52,5	45,8	59,6	50,3	55,5	37,8
Finanzierungsüber- schuß (+) bzw. -defizit (-)	1970	+ 0,3	+ 0,9	- 2,8	- 0,8	+ 2,6	+ 2,1	- 1,0
	1975	- 5,8	- 2,3	-11,6	- 2,7	- 5,1	- 1,8	- 4,2
	1976	- 3,6	- 0,5	- 9,0	- 2,3	- 5,0	- 0,9	- 2,1
	1977	- 2,4	- 0,8	- 7,9	- 1,9	- 3,5	- 1,7	- 1,0
	1978	- 2,7	- 1,8	- 9,7	- 2,7	- 4,3	- 1,6	- 0,0
	1979	- 2,9	- 0,7	- 9,5	- 3,9	- 3,2	- 3,3	+ 0,5
	1980	- 3,6	+ 0,4	- 9,4	- 4,5	- 4,3	- 6,6	- 1,4

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, konsolidierte Angaben in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
Quellen: Nationale und internationale Statistiken; Schätzungen des DIW.

stet blieben. Dadurch werden nicht automatisch Wechsel gezogen, die nur durch spätere Steuererhöhungen eingelöst werden können. Denn im Zuge der eingeleiteten wirtschaftlichen Belebung werden auch die Steuerquellen reichlicher fließen². Auf diesen Mechanismus vertrauen im übrigen auch die Vertreter einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, wenn sie für die USA zur Wirtschaftsanregung drastische Steuersenkungen unter zeitweiliger Hinnahme von Budgetdefiziten empfehlen. Im übrigen erbringen zusätzliche Staatsausgaben, wenn sie Investitionen — auch in Humankapital — betreffen, künftigen Generationen Erträge. Schließlich sollte berücksichtigt werden, daß der Staat mit einer kompensatorischen Finanzpolitik, die nicht als kurzfristiges Strohfeuer angelegt ist, mehr zur Vertrauensbildung beitragen und positiv auf die mittel- und langfristigen Ertrags- und Absatzerwartungen einwirken kann als mit einer prozyklischen Vergrößerung vorhandener Nachfragerücken.

Staat deckt gesellschaftlichen Bedarf

Mit der Kritik an dem gegebenen Umfang der Staatstätigkeit wird stillschweigend unterstellt, daß es eine „optimale“ Staatsquote gäbe. Dabei wird zunächst einmal übersehen, daß der Staatsanteil im Konjunkturverlauf Schwankungen unterliegt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt nimmt die Staatsquote in rezessiven Phasen zu, weil einerseits infolge der

eingebauten Stabilisatoren zeitweise mehr Einkommensübertragungen zu leisten sind, die Privatwirtschaft andererseits nur schwach wächst oder sogar schrumpft. Die konjunkturelle Komponente bei der Zunahme der staatlichen Ausgabenquote ist für alle Länder deutlich zu erkennen. Dies gilt insbesondere für das Jahr 1980. Die Quote würde geringer ausfallen, wenn man die Ausgaben des Staates auf das Produktionspotential bezöge, was hier mangels entsprechender statistischer Informationen nicht getan werden konnte.

Darüber hinaus hat die in der Finanzwissenschaft seit langem geführte Diskussion erkennen lassen, daß es für die Grenzen der staatlichen Aufgabekategorien der Allokation, Distribution und Stabilisierung keine absoluten Maßstäbe gibt. Je nach den herrschenden politischen Grundstimmungen, den artikulierten Bedürfnissen weiter Teile der Bevölkerung, der subjektiven Einschätzung der Abgabenbelastung und den akuten Erfordernissen kann ein zu verschiedenen Zeitpunkten und von Land zu Land unterschiedlicher Umfang an Staatstätigkeit sinnvoll sein, wobei in hochkapitalisierten Volkswirtschaften die Tendenz zu bestehen scheint, daß von der Verschiebung der Wirtschaftsstruktur zugunsten des

² Vgl. Finanzierungsstruktur und Verteilungswirkungen einer nachfrageorientierten Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearb.: Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 13/1979, S. 147.

Staatliche Ausgaben¹⁾ nach wichtigen Ausgabenarten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

in vH

Ausgabenarten, Jahr	Land	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Vereinigtes Königreich	Dänemark	USA
Letzter Verbrauch ²⁾	1970	12,1	13,4	11,6	16,3	17,6	12,3	19,4
	1975	14,5	14,4	15,4	18,2	22,1	15,2	19,5
	1976	13,9	14,6	14,7	18,0	21,5	13,9	19,1
	1977	13,7	14,8	15,3	18,3	20,4	14,2	18,8
	1978	13,7	15,0	15,8	18,7	20,1	14,5	18,3
	1979	13,8	14,9	16,1	19,0	20,2	14,7	18,1
	1980	14,7	17,1	19,5	20,1	25,8	17,1	20,4
dar.: Personal- ausgaben	1970	8,9	9,6	8,9	11,7	11,6	8,1	11,7
	1975	11,5	10,7	11,3	13,5	15,2	10,6	11,7
	1976	11,1	10,9	10,9	13,3	14,5	9,9	11,5
	1977	11,1	11,1	11,4	13,6	13,4	10,2	11,1
	1978	11,0	11,3	11,8	13,8	13,0	10,3	10,9
	1979	10,9	11,1	12,0	13,9	12,9	10,4	10,6
	1980	11,5	12,7	14,5	14,5	16,5	11,9	11,5
Bruttoinvestitionen ³⁾	1970	4,3	3,8	3,0	4,8	4,9	4,9	2,9
	1975	3,7	3,8	3,6	4,1	4,9	3,9	2,7
	1976	3,4	3,3	3,5	3,9	4,4	3,7	2,3
	1977	3,1	3,1	3,4	3,6	3,5	3,7	2,0
	1978	3,3	2,9	3,1	3,4	2,9	3,6	2,2
	1979	3,5	2,9	3,1	3,3	2,7	3,8	2,1
	1980	3,9	3,3	3,9	3,7	3,1	3,6	2,3
Sozialleistungen ⁴⁾	1970	16,1	16,8	13,9	17,5	8,5	18,5	7,5
	1975	22,6	20,1	15,7	24,2	9,9	22,7	11,0
	1976	22,4	20,3	15,6	24,6	10,3	23,1	10,8
	1977	22,3	21,1	15,2	25,3	10,6	23,5	10,3
	1978	22,1	22,0	16,5	26,2	10,9	24,7	9,9
	1979	21,6	22,3	15,8	27,0	11,1	25,7	9,9
	1980	22,7	25,4	19,1	29,2	13,7	29,5	11,8
Subventionen	1970	1,4	2,0	1,5	1,8	1,7	2,7	0,7
	1975	1,2	2,0	2,2	1,0	3,3	1,8	0,5
	1976	1,2	2,1	2,2	1,5	2,6	1,8	0,4
	1977	1,2	2,2	2,3	1,5	2,2	1,5	0,5
	1978	1,3	2,0	2,5	1,6	2,1	1,5	0,5
	1979	1,3	2,0	2,8	1,9	2,2	1,6	0,4
	1980	1,1	2,1	2,8	1,9	2,7	2,3	0,5
Zinsausgaben ⁵⁾	1970	0,9	1,1	1,7	3,1	4,0	1,7	2,3
	1975	1,3	1,3	4,0	3,1	4,0	1,3	2,5
	1976	1,5	1,2	4,5	3,0	4,4	1,9	2,6
	1977	1,6	1,4	4,9	3,2	4,5	2,8	2,6
	1978	1,6	1,5	5,9	3,3	4,4	3,4	2,8
	1979	1,7	1,6	5,8	3,4	4,7	4,8	3,0
	1980	2,0	1,8	7,4	4,1	6,1	6,9	3,6

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, konsolidierte Angaben im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.- 2) Für Großbritannien einschließlich soziale Sachleistungen.- 3) Für Italien ab 1975, für die Niederlande ab 1976 einschließlich Nettoerwerb von Grundstücken.- 4) Für Großbritannien ohne soziale Sachleistungen.- 5) Für Italien ab 1975 einschließlich Schadensversicherungsnettoprämien.

Quellen: Nationale und internationale Statistiken; Schätzungen des DIW.

Dienstleistungsbereichs auch der öffentliche Sektor betroffen ist. Umgekehrt geben nationale Unterschiede und Besonderheiten, die im folgenden für ausgewählte EG-Länder und für die USA dargestellt werden, aber auch Anhaltspunkte dafür, daß die finanzpolitischen Spielräume nicht eng begrenzt, sondern gestaltunfähig sind. Denn der Staat hat die Aufgabe, durch investive und konsumtive öffentliche Ausgaben Leistungen zu erbringen, die von Privaten komplementär genutzt werden, und zwar teils in Verbindung mit der Produktions- und Investitionstätigkeit, teils ergänzend zur Bedarfsdeckung der Verbraucher durch gewerbliche Anbieter. Mit Einkommensübertragungen wiederum — zum größten

Teil Sozialleistungen — soll in gewissem Maß für einen Ausgleich der Risiken und Benachteiligungen bei der Einkommenserzielung gesorgt werden. Staatliches Handeln schafft somit zum Teil erst die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft.

Die These, daß ein großer Umfang staatlicher Ausgaben das Wachstum behindern müsse, läßt sich im internationalen Vergleich für die siebziger Jahre nicht belegen. Weder zeichnen sich etwa die Länder mit geringerem Staatsanteil oder auch mit dessen langsamer Zunahme durch eine besondere Wachstumsdynamik aus, noch lassen sich für Länder, in denen sich der Staat vergleichsweise stark oder

Zahl der Erwerbstätigen im öffentlichen Bereich

		Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Vereinigtes Königreich	Dänemark	USA
in vH der Erwerbstätigen insgesamt								
Erwerbstätige im Bereich nichtmarktbestimmter Dienstleistungen	1970	13,6	16,5	14,2	14,1	18,4	17,1	20,2
	1975	16,6	17,5	16,6	15,4	21,1	23,6	20,8
	1976	17,0	17,6	16,8	15,9	21,5	.	20,4
	1977	17,1	17,7	17,1	16,2	21,3	.	19,9
	1978	17,4	18,0	17,2	16,4	21,4	.	19,5
	1979	17,7	18,0	17,5	16,5	21,5	.	19,2
dar.: Dienstleistungen des Staates	1970	11,2	.	11,8	12,1	.	16,9	18,2
	1975	13,9	.	14,1	13,5	.	23,2	18,3
	1976	14,2	.	14,4	14,0	.	.	17,8
	1977	14,3	.	14,8	14,3	.	.	17,4
	1978	14,5	.	14,9	14,6	.	.	17,0
	1979	14,7	.	15,2	14,7	.	.	16,7
in vH der zivilen Erwerbstätigen								
Dienstleistungen des Staates (ohne Militär)	1970	9,5	.	9,3	9,9	.	15,1	14,1
	1975	12,1	.	11,8	11,6	.	22,1	15,4
	1976	12,3	.	12,2	12,1	.	.	15,1
	1977	12,4	.	12,5	12,4	.	.	14,8
	1978	12,6	.	12,7	12,6	.	.	14,6
	1979	12,9	.	13,0	12,7	.	.	14,3

Quellen: eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1970-1979; OECD, Labour Force Statistics 1968-1979; U.S. Department of Commerce, The National Income and Product Accounts of the United States, versch. Jg.; Schätzungen des DIW.

zunehmend finanzpolitisch einsetzt, ausgeprägte Wachstumsschwächen erkennen. Für sich genommen bietet ein relativ großer Umfang an Staatstätigkeit offenbar keinen Hinderungsgrund für weitere finanzpolitische Aktivitäten. Inwieweit dafür ein Spielraum vorhanden ist und inwieweit davon Wachstumsanregungen ausgehen, hängt maßgeblich von der Zustimmung durch die breite Öffentlichkeit ab. Das Vertrauen in die staatliche Finanzpolitik wiederum steht im Zusammenhang mit der Verwendung der verfügbaren Mittel. Einmal bietet die stetige Gestaltung der öffentlichen Ausgaben den Unternehmen ein stabilisierendes Element für die Absatzerwartungen. Zum anderen kann der Staat durch gezielte Strukturhilfen und begleitende öffentliche Investitionen den nötigen Strukturwandel begünstigen.

Niveau und Struktur der öffentlichen Ausgaben

Im wesentlichen wird die Ausgabengestaltung des Staates von Niveau und Entwicklung der investiven und konsumtiven Vorhaben sowie der Sozialleistungen bestimmt³.

Der öffentliche Verbrauch ist in der Bundesrepublik Deutschland unter den hier in den Vergleich einbezogenen Ländern am niedrigsten. Einen hohen und relativ konstanten Stellenwert hat der öffentliche Verbrauch in den USA. Am stärksten gestiegen ist er in Italien. Bei der Bewertung des sehr hohen Wertes für Großbritannien ist zu berücksichtigen,

daß die Ausgaben im Rahmen des staatlichen Gesundheitswesens hier offensichtlich im Verbrauch erfaßt sind, während sie für die anderen Länder nach den Definitionen des Systems Europäischer Gesamtrechnungen als Sachausgaben unter den Sozialleistungen verbucht sind.

Bei den USA fallen die Sachkäufe, die mit dem hohen Aufwand für militärische Zwecke im Zusammenhang stehen, besonders ins Gewicht. Demgegenüber liegen die Ausgaben für Beschäftigte im öffentlichen Dienst hier wie in der Bundesrepublik Deutschland unter den Anteilen in den übrigen Ländern. Zwar sind in den USA im Bereich der

³ Die Zahlenangaben basieren für die EG-Länder weitgehend auf Ergebnissen der Europäischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die mit Hilfe nationaler Quellen und ergänzender Schätzungen fortgeschrieben wurden. Sie sind infolgedessen in ihrer Abgrenzung weitestgehend vergleichbar. Für die USA wurde hier versucht, die entsprechenden Angaben im Staatskonto der U.S.-amerikanischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung so umzugruppieren und zusammenzufassen, daß sie im Schema mit den Ergebnissen für die übrigen Länder korrespondieren. Gleichwohl dürften Abgrenzungsunterschiede die Vergleichbarkeit einschränken.

Die konsolidierten Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung werden zu Vergleichszwecken jeweils in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ausgewiesen. Damit wird in Zeiten konjunktureller Schwäche die Staatstätigkeit überzeichnet. Potentialgrößen, die als Bezugsbasis ein zutreffenderes Bild von der öffentlichen Inanspruchnahme volkswirtschaftlicher Ressourcen gäben, standen hier indes nicht für alle Länder zur Verfügung.

Struktur der Ausgaben des Staates für Güter und Dienste¹⁾ nach Aufgabenbereichen

in vH

Aufgabenbereich, Jahr	Land	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Vereinigtes Königreich	USA
Allgemeine staatliche Verwaltung	1970	21,1	.	22,4	.	12,3	13,3
	1975	22,8	15,9	22,9	.	13,2	15,5
	1976	23,0	16,4	22,3	.	13,3	15,9
	1977	24,0	16,8	22,6	.	13,1	16,0
	1978	23,9	16,3
	1979	24,0	16,3
Verteidigung	1970	18,3	.	12,6	16,1	21,3	33,8
	1975	17,1	17,8	11,8	13,8	18,5	24,9
	1976	17,7	18,4	11,1	13,5	19,4	23,7
	1977	16,8	17,7	11,2	13,8	20,0	23,7
	1978	16,8	23,1
	1979	16,4	23,5
Unterrichtswesen	1970	23,8	.	28,2	32,5	18,4	23,9
	1975	26,9	30,3	28,9	34,9	20,8	26,5
	1976	27,3	30,9	30,3	34,9	19,8	27,5
	1977	27,2	31,7	30,7	34,8	19,7	27,0
	1978	26,8	26,8
	1979	26,7	26,7
Gesundheitswesen	1970	5,7	.	5,4	.	17,2	5,9
	1975	5,7	2,6	4,9	.	18,4	7,2
	1976	5,3	2,6	4,8	.	18,9	7,1
	1977	5,5	2,6	4,7	.	19,7	7,1
	1978	5,2	7,3
	1979	5,2	7,3
Soziale Sicherung	1970	4,2	.	6,3	2,5	4,2	6,0
	1975	4,7	5,8	6,7	2,9	5,3	8,6
	1976	4,7	5,9	6,3	3,0	5,7	9,2
	1977	4,8	6,4	6,2	3,0	5,7	9,4
	1978	4,8	9,5
	1979	4,9	9,6
Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung	1970	5,7	.	4,2	.	10,6	2,7
	1975	5,2	11,5	4,9	.	10,2	3,0
	1976	5,3	11,7	6,0	.	9,8	2,8
	1977	4,9	10,7	5,7	.	8,7	2,8
	1978	5,3	3,1
	1979	5,6	3,0
Sonstige Dienste für die Allgemeinheit	1970	2,9	.	0,8	.	1,6	1,1
	1975	3,4	3,3	1,1	.	2,2	1,3
	1976	3,5	3,5	1,4	.	2,1	1,5
	1977	3,4	3,4	1,3	.	2,1	1,4
	1978	3,5	1,5
	1979	3,5	1,5
Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht	1970	18,3	.	18,4	.	12,0	13,3
	1975	14,2	11,6	17,4	.	8,9	13,0
	1976	13,2	9,2	16,8	.	8,4	12,3
	1977	13,4	9,4	16,6	.	8,2	12,6
	1978	13,7	12,4
	1979	13,7	12,1

1) Letzter Verbrauch und Bruttoinvestitionen zusammen.

Quellen: Eurostat, Konten und Statistiken des Staates, 1970-1977; Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Konten und Standardtabellen, div. Jg.; U.S. Department of Commerce, The National Income and Product Accounts of the United States, div. Jg.

nichtmarktbestimmten Dienstleistungen insgesamt⁴ sowie beim Staat allein — unabhängig davon, ob man den militärischen Bereich einbezieht oder nicht — relativ mehr Erwerbstätige beschäftigt als in vielen anderen Ländern. Offenbar ist das Gehaltsniveau im Vergleich zum gewerblichen Bereich aber niedriger.

Der Anteil der öffentlichen Investitionen ist in den USA vergleichsweise gering. Die Bedeutung der Investitionen des Staates hat freilich auch in den

europäischen Ländern im Laufe der siebziger Jahre abgenommen. Als Folge knapper Haushaltsmittel werden somit Aktivitäten zurückgedrängt, bei denen am einfachsten gespart werden kann, die aber — etwa in Form von wirtschaftsnahen Infrastruktur-

⁴ Der Bereich der nichtmarktbestimmten Dienstleistungen umfaßt neben dem Staat auch private Unternehmen, die ihre Leistungen nicht nach erwerbswirtschaftlichen Prinzipien abgeben. Er wurde hier zu Vergleichszwecken mit herangezogen, weil für manche Länder Angaben über den staatlichen Bereich allein nicht verfügbar sind.

Struktur der Sozialleistungen nach Funktionen

in vH

Funktionsbereich, Jahr	Land	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Vereinigtes Königreich	Dänemark	USA	
Krankheit, Invalidität, körperl. u. geistige Gebrechen, Arbeitsunfall, Berufskrankheit	1970	40,2	36,8	43,7	42,0	35,7	43,0	}	
	1975	40,1	36,6	46,1	46,4	36,9	41,8		
	1976	40,8	37,1	43,7	46,9	36,3	41,7		
	1977	40,8	36,2	44,8	48,3	36,0	40,2		
	1978	41,6	36,1	44,4	48,4	35,1	39,6		
	1979	42,0	36,2	44,9	48,4	.	37,8		
Alter, Tod, Hinterbliebene	1970	45,6	41,2	39,2	40,4	47,0	36,3	}	
	1975	41,9	41,8	38,0	36,0	46,1	32,7		83,9
	1976	43,1	42,6	42,6	35,5	46,6	32,4		77,3
	1977	43,9	42,9	43,2	35,5	46,5	31,7		79,4
	1978	43,3	42,5	44,5	33,9	45,9	32,1		82,9
	1979	42,8	41,8	44,5	32,9	.	34,3		85,8
Berufsausbildung der Erwachsenen, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Mobilität	1970	2,0	0,2	-	-	0,5	-	-	
	1975	2,6	0,3	-	-	0,5	0,5	-	
	1976	2,3	0,3	0,1	-	0,6	0,6	-	
	1977	1,5	0,4	0,1	-	0,5	0,6	-	
	1978	0,9	0,5	0,1	-	0,5	0,6	-	
	1979	1,0	0,4	0,1	-	.	0,6	-	
Arbeitslosigkeit	1970	0,5	1,8	1,1	3,3	3,9	3,0	5,7	
	1975	3,7	3,6	2,6	6,1	5,2	9,8	10,7	
	1976	2,9	4,2	2,2	6,7	5,6	10,0	9,0	
	1977	2,5	4,5	2,1	6,1	5,6	12,5	6,7	
	1978	2,3	5,0	2,3	5,9	5,2	12,7	4,5	
	1979	2,0	5,6	2,3	6,9	.	12,0	4,2	
Mutterschaft, Familie, Wohnung, Sonstiges	1970	11,7	20,0	16,0	14,3	12,9	17,7	10,4	
	1975	11,7	17,7	13,3	11,5	11,3	15,2	12,0	
	1976	10,9	15,8	11,4	10,9	10,9	15,3	11,6	
	1977	11,3	16,0	9,8	10,1	11,4	15,0	10,4	
	1978	11,9	15,9	8,7	11,8	13,3	15,0	9,7	
	1979	12,2	16,0	8,2	11,8	.	15,3	9,3	

Quellen: eurostat, Schnellinformation Sozialschutz, 1+2-1979, 1+2-1980; U.S. Department of Commerce, The National Income and Product Accounts of the United States, 1929-1974; dieselbe, Survey of Current Business, div. Jahrgänge.

investitionen – der Anregung privater Investitionstätigkeit dienen könnten.

Personalausgaben, Sachkäufe und Bruttoinvestitionen des Staates werden am ehesten dann als unproduktiv und ineffizient kritisiert, wenn sie für die allgemeine staatliche Verwaltung eingesetzt werden. Dabei wird freilich übersehen, daß dazu Aufgabenbereiche zählen, die im Zuge der Erfüllung von Wünschen nach mehr bürgernaher Verwaltung konsequenterweise ausgebaut werden müßten oder – wie Justiz und Sicherheit – in der Öffentlichkeit gleichzeitig oft als unterbesetzt gelten. Im Höchstfall machen die Ausgaben der allgemeinen staatlichen Verwaltung knapp ein Viertel der gesamten öffentlichen Ausgaben für Güter und Dienstleistungen aus.

Einen gewichtigeren Aufgabenbereich bildet in allen Ländern das Unterrichtswesen. Obwohl die Bildungsausgaben zu ihrem größten Teil dem öffentlichen Verbrauch zugerechnet werden, haben sie doch wegen der spezifischen zukünftigen Erträge investiven Charakter. Denn ein steigendes Qualifikationsniveau schafft eine der wichtigen Voraussetzungen für weiteres Wachstum hochentwickelter Volkswirtschaften. In den Niederlanden konzentriert

der Staat besonders viele öffentliche Mittel auf das Unterrichtswesen, während in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien vergleichsweise niedrige Anteile zu verzeichnen sind. Hierin spiegeln sich auch Unterschiede in der Altersstruktur der Bevölkerung wider: Die Altersklassen, die Schüler und Studenten stellen, sind in den Niederlanden besonders stark besetzt. In Großbritannien und Frankreich hat der Staat auch einen stärkeren Akzent auf den Bereich Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung gesetzt. Zurückgehende Bedeutung haben dagegen in allen Ländern die Ausgaben für Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht.

In noch größerem Maß als öffentlicher Verbrauch und Investitionen prägt der Umfang der Sozialleistungen die Haushaltssituation in den meisten Ländern. Ausgenommen hiervon sind die USA, wo der Staat einen vergleichsweise geringen Teil des sozialen Schutzes organisiert. Aber auch in den USA lagen die Sozialausgaben im Jahre 1980 deutlich über denen von Anfang der siebziger Jahre. Für Großbritannien werden wegen der anderen Zuordnung der sozialen Sachleistungen die öffentlichen Verbrauchsausgaben zu hoch, die Sozialleistungen zu niedrig ausgewiesen.

Staatliche Einnahmen¹⁾ nach wichtigen Einnahmenarten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

in vH

Einnahmenarten, Jahr	Land	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Vereinigtes Königreich	Dänemark	USA
Produktionssteuern und -abgaben	1970	12,8	15,2	11,2	11,9	16,0	17,2	9,5
	1975	11,8	14,0	8,7	10,8	12,9	15,2	9,0
	1976	11,9	14,5	9,6	11,1	12,6	15,7	8,9
	1977	12,0	13,9	10,3	11,9	13,4	16,5	8,7
	1978	12,3	14,1	10,1	12,3	13,4	17,8	8,3
	1979	12,1	14,6	9,5	12,1	15,1	18,6	7,9
	1980	12,5	16,4	12,2	12,9	18,9	19,8	8,9
Laufende Einkommen- und Vermögensteuern	1970	10,7	7,2	5,5	13,8	15,7	21,7	14,0
	1975	12,0	7,2	6,7	16,5	16,7	24,3	12,9
	1976	12,8	8,2	7,7	16,1	15,8	24,2	14,0
	1977	13,7	8,2	8,6	16,0	14,8	23,6	14,3
	1978	13,0	7,9	10,0	16,2	14,2	24,0	14,8
	1979	12,5	7,9	9,8	16,2	13,7	24,3	15,2
	1980	13,2	9,6	13,5	17,8	17,1	27,5	16,4
Sozialbeiträge	1970	12,0	14,6	11,9	15,6	6,4	2,4	6,3
	1975	14,9	17,1	14,0	19,7	8,1	1,6	7,7
	1976	15,4	17,7	14,0	19,2	8,4	1,5	7,9
	1977	15,5	18,4	13,8	19,3	8,2	1,5	7,9
	1978	15,4	18,7	14,0	19,6	7,6	1,5	8,1
	1979	15,3	19,5	14,6	20,2	7,5	1,7	8,5
	1980	16,2	22,6	17,1	21,6	9,3	2,0	9,3

1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, konsolidierte Angaben in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
 Quellen: Nationale und internationale Statistiken; Schätzungen des DIW.

Überall sind die Sozialleistungen im Laufe der siebziger Jahre kräftig gestiegen, insbesondere in Frankreich, Dänemark und den Niederlanden. Zu den Ländern mit hohem Niveau zählt auch die Bundesrepublik, doch war hier der Anstieg schwächer. In allen Ländern steht die Steigerung der Sozialleistungen im Zusammenhang mit der nachhaltigen Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Anteile der in diesem Bereich eingesetzten Mittel haben sich seit dem Anfang der siebziger Jahre verdoppelt bis vervierfacht. In der Bundesrepublik Deutschland und vor allem in den Niederlanden sind auch die Aufwendungen im Gesundheitsbereich überdurchschnittlich gestiegen, während in Italien die Ausgaben infolge von Alter und Tod sowie für Hinterbliebene rasch zugenommen haben.

Vertrauensbildung, nicht staatlicher Rückzug tut not

Die Sozialbeiträge haben mit den Sozialleistungen nicht Schritt gehalten. Dies wurde mitverursacht durch Beitragsausfälle im Zuge der steigenden Arbeitslosigkeit. Die staatlichen Zahlungen für das System der sozialen Sicherung sind infolgedessen in den meisten Ländern laufend gestiegen. In Frankreich und in Italien sind 1980 die Beiträge zur Sozialversicherung kräftig erhöht worden, damit der Staat etwas entlastet wird. Auch in anderen Ländern wird man mittelfristig nicht darum herumkommen, für eine stärkere Beitragsdeckung der Sozialschutzausgaben

zu sorgen, um für andere staatliche Aufgabenbereiche wieder mehr Möglichkeiten zu erhalten. Dabei wäre auch an Vorschläge zu denken, Beamte und Selbständige in die Abgabepflicht einzubeziehen, wie sie für die Bundesrepublik gemacht wurden⁵. Ferner muß weiterhin versucht werden, den Kostenanstieg im Gesundheitswesen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Fragwürdig erscheint indes eine allgemeine Kürzung des Leistungsniveaus, wie sie verschiedentlich vorgeschlagen wird. Dies bedeutet jedoch nicht, daß das System der sozialen Sicherung — gerade unter Verteilungsgesichtspunkten — partiell nicht reformbedürftig ist. Zweifellos würde eine wirtschaftliche Wiederbelebung besonders wirksam zur Entspannung der finanziellen Situation des Sozialsystems beitragen.

Derzeit hat freilich die Beanspruchung des Systems der sozialen Sicherung maßgeblich zu den Haushaltsdefiziten beigetragen. Nur in den USA und in Frankreich blieben die Defizite, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, klein; teilweise wurden sogar Überschüsse erzielt. In Frankreich hat der Staat damit eine gute Ausgangsposition für die von den Sozialisten eingeleitete Finanzpolitik des deficit-spending. Demgegenüber ist der haushaltspolitische Spielraum in Italien und Dänemark sowie — bei sehr

⁵ Vgl. Einkommenseinbußen bei Arbeitslosigkeit? Bearb.: Volker Meinhardt und Dieter Teichmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1981, S. 511.

hohem Staatsanteil und mittlerer Defizitposition — in den Niederlanden merklich eingeengt. Die Finanzierungssalden sind nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung zu sehen. Bei hohem Schuldenstand ist der Gestaltungsspielraum für den laufenden Haushalt von vornherein infolge der hohen Zinsverpflichtungen beschränkt. Dies gilt beispielsweise für Großbritannien: Hier entspricht die Neuverschuldung etwa der Höhe der Zinszahlungen. In der Bundesrepublik Deutschland hat die Neuverschuldung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zwar kräftig zugenommen; bei niedrigem Ausgangsniveau ist aber die Zinslast im internationalen Vergleich auch heute noch sehr niedrig. In Italien — dem Land mit den größten Defiziten im Vergleich der hier behandelten Staaten — wird die Neuverschuldung in zunehmendem Umfang durch die Zinszahlungen absorbiert, ist aber darüber hinaus noch beträchtlich.

Es fällt auf, daß finanzpolitische Rückzugsversuche am vehementesten nicht in den Ländern unternommen werden, wo der Staat vergleichsweise umfangreiche Aufgaben wahrnimmt und dabei bereits erhebliche Haushaltsanspannungen in Kauf genommen hat. Ein solcher Rückzug ist offensichtlich auch kein Garant für die Vertrauensbildung im Unternehmensbereich, die für die private Investitionstätigkeit unerlässlich ist. Im Gegenteil, Bemühungen

um Konsolidierung, die in der gegenwärtigen Situation notwendigerweise zu Mißerfolgen führen, können bei den Privaten die Unsicherheit über die künftige Entwicklung verstärken und einen Vertrauensschwund in bezug auf wirtschaftspolitische Maßnahmen erst bewirken. Vor diesem Problem stehen derzeit die Regierungen der USA und Großbritanniens. Nach neueren Einschätzungen sind hier deutlich höhere Defizite zu erwarten, als geplant worden waren. Sie werden unweigerlich korrigierende — kontraktive — Maßnahmen auslösen. Die finanzpolitischen Eckdaten sind in dieser Situation nicht geeignet, die zukünftigen Absatz- und Ertrags-erwartungen positiv zu beeinflussen.

Vor dem Hintergrund der hohen Staatsquoten in wichtigen Industrieländern scheint hierzulande die Befürchtung, daß die staatlichen Aktivitäten das Wirtschaftsleben hemmen, wenig begründet. Die Rücknahme staatlicher Ausgaben und Einnahmen dürfte insofern nicht die zwingende finanzpolitische Strategie zur wirtschaftlichen Anregung sein. Statt dessen sollte überlegt werden, wie der Staat Vertrauen für eine aktive Finanzpolitik gewinnen könnte. Eine stärkere Verstetigung der Ausgabenansätze mit Schwergewicht auf den öffentlichen Investitionen sowie die verstärkte Betonung von Aufgabenbereichen zur Förderung des volkswirtschaftlichen Strukturwandels könnten hierzu beitragen.

Das Kaufkraftverhältnis zwischen der D-Mark und der Mark der DDR Mitte 1981

Seit dem letzten Kaufkraftvergleich¹ haben sich im Bundesgebiet die Verbraucherpreise erhöht; auch in der DDR ist das Konsumgüterangebot teurer geworden. Hinzu kamen Einkommensveränderungen und Verlagerungen der Verbrauchsstrukturen in beiden deutschen Währungsgebieten. Ein neuer Kaufkraftvergleich soll die gegenwärtigen Unterschiede in der Kaufkraft der beiden Währungen für den privaten Verbrauch zeigen. Die Ergebnisse sind u. a. eine unentbehrliche Basis für Reallohnvergleiche.

Zur Methode der Kaufkraftberechnungen

Grundlage für die nach der Methode des Budgetvergleichs durchgeführten Kaufkraftberechnungen ist der *Preisvergleich*. Die aktuellen Preise für die Güter der Lebenshaltung in der Bundesrepublik wurden — von speziellen Beobachtungen abgesehen — der sehr reichhaltigen amtlichen Preisstatistik sowie Versandkatalogen entnommen; für die DDR wurden Angaben der amtlichen Statistik und alle zusätzlich verfügbaren Preisinformationen, z. B. aus Presseberichten, ausgewertet.

Ein „echter“ Preisvergleich wird indes dadurch erschwert, daß identische Güter oft nicht zu finden sind. Zwar wurden — soweit möglich — gleichartige Waren verglichen, in der DDR ist das Gütersortiment aber erheblich enger als im Bundesgebiet. Häufig bestehen Unterschiede im verwendeten Material, in der Art der Verarbeitung, der Modellgestaltung und Formgebung sowie der technischen Ausstattung. Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, eine möglichst große Zahl von Gütern zu erfassen; so können Angebotsdifferenzierungen berücksichtigt und eventuelle Mängel in der Ermittlung ausgeglichen werden. Insgesamt wurden etwa 550 Güter in die Rechnung einbezogen².

Die Unterschiede in der Verfügbarkeit der Waren sind grundsätzlich nicht Gegenstand eines Preisvergleichs. Sie sind allerdings dann von Bedeutung, wenn bei einem Nachfrageüberhang die Preise stabil gehalten werden. Dies ist in der DDR bei nicht wenigen Gütern des gehobenen Bedarfs (z. B. PKW, Farbfernsehgeräten, Tiefkühltruhen) der Fall. Daraus ergibt sich eine nicht zu quantifizierende Überbewertung der Mark der DDR.

Entscheidend sind außerdem die Gewichte (Wägungsschema), mit denen diese Güter in einem *Warenkorb* — als Ausdruck für die untersuchte Lebenshaltung — zusammengefaßt werden. Quellen dafür sind in beiden Ländern Verbrauchsuntersuchungen³ über die Konsumstrukturen für bestimmte Haushaltstypen. Ein sinnvoller Vergleich setzt möglichst äquivalente Warenkörbe voraus, d. h. Warenkörbe, die den Verbrauch eines gleichen

Haushaltstyps in sozial ähnlicher Stellung widerspiegeln.

Die *neue Berechnung* des DIW bezieht sich auf den durchschnittlichen Verbrauch von Haushalten, die jeweils wichtige Gruppen der Bevölkerung repräsentieren: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte⁴ und 2-Personen-Rentnerhaushalte^{5,6}. Der Inhalt der Warenkörbe in der Bundesrepublik wie in der DDR wurde sowohl mit D-Mark-Preisen als auch mit Mark-Preisen bewertet. Die relative Kaufkraft ergibt sich aus zwei Komponenten:

- den unterschiedlichen Preisen,
- der unterschiedlichen Zusammensetzung der Warenkörbe.

Die Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik wurde für beide Haushaltstypen im Grundsatz durch Wägungsschemata⁷ der Preisindizes für die Lebenshaltung abgebildet. Diese mußten allerdings wegen der erschwerten Möglichkeiten, vergleichbare Daten für die DDR zu beschaffen, bei einigen Güterpositionen modifiziert werden.

Für die DDR sind so tief gegliederte Wägungsschemata wie in der Bundesrepublik nicht bekannt.

¹ Vgl. Charlotte Otto-Arnold: Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). In: Sonderhefte des DIW. Nr. 129/1979.

² Im Preisindex für die Lebenshaltung für die Bundesrepublik sind gut 700 Güter enthalten.

³ Ergebnisse aus Aufzeichnungen buchführender Haushalte (Wirtschaftsrechnungen) in beiden Vergleichsgebieten und die Einkommens- und Verbrauchsstichproben in der Bundesrepublik sowie Berichte über Verbrauchsuntersuchungen aus der Zeitschrift „Marktforschung“ in der DDR.

⁴ In der Bundesrepublik: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinvertienenden Haushaltsvorstandes. In der DDR: 4-Personen-Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit durchschnittlichem Haushaltsnettoeinkommen.

⁵ In der Bundesrepublik: 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern. In der DDR: 2-Personen-Rentnerhaushalte mit durchschnittlichem Haushaltsnettoeinkommen ohne Arbeitseinkommen.

⁶ Die beiden Haushaltstypen der Bundesrepublik liegen allerdings in Einkommen und Verbrauch unter dem Durchschnitt der jeweiligen Gruppen aller 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte bzw. aller 2-Personen-Rentnerhaushalte.

⁷ Wägungsschemata der neuen Preisindizes für die Lebenshaltung auf Basis 1976 siehe „Wirtschaft und Statistik“, Heft 11/1979, S. 797 ff.

Im Statistischen Jahrbuch der DDR werden lediglich die durchschnittlichen Ausgaben der Haushalte in sehr grober Aufteilung veröffentlicht. Eine weitere Untergliederung wurde auf der Grundlage von Einzelberichten aus der Marktforschung in der DDR, der Verbrauchs- und Versorgungsstatistik sowie von Informationen über Verbrauchsneigung und -gewohnheiten der Bevölkerung geschätzt.

Preis- und Kaufkraftrelationen nach Bedarfsbereichen

Die Systematiken der Verbrauchsstatistiken sind in den beiden Gebieten unterschiedlich und konnten wegen unzureichender Informationen aus der DDR nicht aufeinander abgestimmt werden. Die Aufteilung der Ausgaben nach den Bedarfsgruppen in den Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland und die DDR weicht somit voneinander ab.

Ein wesentlicher Unterschied in der *Verbrauchsstruktur* ist, daß der Anteil für Dienstleistungen (ohne Versicherungen, Beiträge, Kfz-Steuern) infolge der sehr niedrigen Preise in der DDR dort 13 vH (Arbeitnehmerhaushalt), im Bundesgebiet dagegen 30 vH ausmacht. Entsprechend höher sind die Anteile bei den Nahrungs- und Genußmitteln und bei den Industriewaren in der DDR.

Die Warenkörbe der Bundesrepublik sind reichhaltiger als die der DDR. Insbesondere ist das Gewicht von hochwertigen Gebrauchsgütern, die in der DDR extrem teuer sind, im dortigen Warenkorb viel geringer als in dem der Bundesrepublik. Jedoch wurden die in den Exquisit- und Delikatläden angebotenen Artikel ihren vermutlichen Umsatzanteilen entsprechend berücksichtigt. In beide Warenkörbe wurden Ausgaben für Versicherungen, Beiträge und Kfz-Steuern aufgenommen, obwohl der Gegenwert in Leistungen nur bedingt zu vergleichen ist.

Ein besonderes Merkmal im *Preisgefüge* der DDR ist der Unterschied zwischen lebensnotwendigen Waren und Dienstleistungen sowie übrigen Konsumgütern. Für lebensnotwendige Waren und Dienstleistungen — z. B. Nahrungsmittel, Tarife — werden die Preise durch hohe staatliche Subventionen niedrig gehalten. Die Preise für die meisten Industrieerzeugnisse, insbesondere hochwertige Waren, sind jedoch durch differenzierte, kostenunabhängige, produktgebundene Verbrauchsabgaben (indirekte Steuern) stark belastet. Dagegen sind Dienstleistungen wegen der geringen Lohnkosten allgemein relativ billig. Im Vergleich mit den Preisen im Bundesgebiet ergeben sich somit beträchtliche Differenzen; im einen Extrem beträgt der DDR-Preis in Mark nur ein Zehntel, im anderen zehnmal so viel wie im Bundesgebiet.

Bei den Ausgaben für *Nahrungsmittel* sind die Preise für Brot, Kartoffeln und Grobgemüse in der

DDR besonders niedrig, aber auch Fleisch und Fleischwaren und andere Grundnahrungsmittel kosten weniger oder kaum mehr als in der Bundesrepublik. Der Anteil dieser Waren am Verbrauch ist hier allerdings geringer als in der DDR; das unvergleichlich reichhaltigere Lebensmittelsortiment bietet größeren Anreiz und bessere Auswahl zwischen Produkten höherer Qualitäten und höherer Verarbeitungsstufen (z. B. bei Edलगemüse, Milchprodukten, Konserven). Solche Waren gibt es in der DDR in manchen Fällen nur in Delikatläden. Je nach Haushaltstyp und Warenkorb zeigen die Berechnungen, daß für Ausgaben von jeweils 100 DM in der DDR 87 bis 108 Mark erforderlich gewesen wären. Beim 4-Personenhaushalt war die relative Kaufkraft der Mark mit 114 vH nach Verbrauchsverhältnissen in der DDR beträchtlich höher als mit 93 vH nach den Verbrauchsverhältnissen im Bundesgebiet.

Bemerkenswert preisgünstig im Verhältnis zum Bundesgebiet ist in der DDR der Verzehr in Kantinen und in Gaststätten, die dort in mehrere Preisklassen eingeteilt sind. Nur die Preisforderungen der höheren Klassen nähern sich dem durchschnittlichen Niveau im Bundesgebiet, bei durchschnittlichem Verbrauch errechnet sich eine relative Kaufkraft der Mark der DDR von 175 vH.

Entgegengesetzt liegen die Verhältnisse bei den Ausgaben für *Genußmittel*. Hier bewegt sich die Kaufkraft der Mark der DDR zwischen 42 und 57 vH. Sie wird zum großen Teil durch den sehr hohen Preis für Bohnenkaffee bestimmt. Für Wein und Spirituosen müssen die Verbraucher in der DDR das Doppelte, z. T. auch mehr als dreimal so viel wie im Bundesgebiet zahlen. Bei Tabakwaren ist die Preisrelation mit durchschnittlich 125 vH geringer. Sie steigt aber schnell, wenn bessere Qualitäten, z. B. Waren aus westlichen Ländern, gekauft werden.

Der Ausgabenbereich *Wohnungsmieten, Elektrizität, Gas, Brennstoffe* zeichnet sich in der DDR durch extrem niedrige Preise aus. Die Mieten betragen nur etwa ein Fünftel bis ein Drittel derjenigen in der Bundesrepublik, auch die Neubaumieten sind infolge sehr hoher Subventionen sehr niedrig. Es konnten allerdings nur grob umschriebene Wohnungskategorien miteinander verglichen werden. Für die Mieten errechnet sich mit einem Durchschnitt von 400 bis 450 vH eine besonders hohe Kaufkraft für die Mark der DDR. — Die Tarife für Elektrizität und Gas sind in der DDR seit 20 Jahren unverändert und werden durch Subventionen niedrig gehalten. Den festen Einheitspreisen in der DDR stehen in der Bundesrepublik sehr viel höhere, aber mit wachsendem Verbrauch je Einheit sinkende Preise gegenüber. Die Kaufkraft der Mark, gemessen an der D-Mark, bewegt sich zwischen 200 und 250 vH. — Nur bedingt vergleichbar sind die Ausgaben für Heizmaterial. In der DDR gibt es für den privaten

Kaufkraftparitäten zwischen D-Mark und Mark der DDR Mitte 1981

berechnet nach der Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland für ausgewählte Haushaltstypen

in vH

Ausgaben nach Bedarfsgruppen	Vier-Personen Arbeitnehmerhaushalt ¹⁾		Zwei-Personen-Rentnerhaushalt ²⁾	
	Relative Kaufkraft der Mark der DDR 3)	Ausgabenanteile	Relative Kaufkraft der Mark der DDR 3)	Ausgabenanteile
Nahrungs- und Genußmittel	84	30,4	80	38,9
davon: Nahrungsmittel	93	20,8	96	29,6
Genußmittel	50	5,8	42	6,9
Verzehr in Gaststätten	172	3,8	169	2,4
Bekleidung und Schuhe	47	8,6	47	6,3
Wohnungsmiete	417	15,0	417	22,4
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	303	5,0	323	7,7
Haushaltsführung	52	9,0	63	8,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	79	13,7	185	5,4
Körper- und Gesundheitspflege ⁴⁾	88	2,5	114	3,2
Bildung und Unterhaltung	57	9,1	52	4,7
Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen ⁵⁾	99	6,7	99	2,5
Lebenshaltung insgesamt	83	100,0	98	100,0
Lebenshaltung ohne Mieten	73	85,0	81	77,7

1) Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands. -2) Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern. -3) Die Kaufkraft der Mark in der DDR im Verhältnis zur D-Mark in der Bundesrepublik. -4) Ohne Dienstleistungen für die Gesundheitspflege. -5) Uhren, Schmuck, Täschnerwaren, Urlaub und Reisen, Dienstleistungen der Banken und Versicherungen, Gebühren, Kraftfahrzeugsteuern u.a.

Quelle: Berechnungen des DIW.

Verbrauch fast ausschließlich Braunkohlenbriketts, und zwar eine geringe Menge zum Vorzugspreis auf Zuteilung, weitere Mengen zu einem höheren Preis, der aber mit 3,60 Mark/50 kg nur etwa 20 vH des vergleichbaren Preises in der Bundesrepublik beträgt. In der Bundesrepublik machen dagegen Steinkohlen und Heizöl den größten Teil des Verbrauchs aus. So wurde das Heizmaterial in Wärmeinheiten (SKE) umgerechnet, und die jeweiligen Durchschnittspreise je SKE wurden miteinander verglichen. Die durchschnittliche Kaufkraftparität beträgt 700 bis 800 vH für die Mark der DDR.

Etwa ein Drittel aller Ausgaben für Industriewaren entfallen in der DDR auf *Bekleidung, Schuhe und Textilien*⁸, in der Bundesrepublik ist dieser Anteil geringer. Während die Preise in der DDR für Schuhe einfacher bis mittlerer Qualität 100 bis 160 vH der D-Mark-Preise entsprechender Artikel im Bundesgebiet betragen, gehen die Relationen der Preise für Textilien, seien es Bekleidungs- oder auch Heimtextilien, teilweise weit darüber hinaus. Es gibt zwar auch einige Waren, vor allem Berufskleidung, ein Teil der Kinderkleidung und Unterwäsche, die in der DDR preisgünstiger als im Bundesgebiet sind, für Oberbekleidung, Teppichwaren, Gardinen und Haushaltswäsche muß im Durchschnitt aber das Zweieinhalbfache wie in der Bundesrepublik bezahlt werden — für höherwertige Artikel mehr, für einfachere Qualitäten weniger.

In den letzten Jahren hat sich in der DDR das Warenangebot in diesem Bedarfsbereich insgesamt zwar verbessert, die relative Kaufkraft der Mark ist aber bei gleichzeitig höheren Preisen eher gesunken. Beim 4-Personenhaushalt in der DDR beläuft sich die Kaufkraft der Mark der DDR, gemessen an der Kaufkraft der D-Mark, insgesamt auf 50 vH; bezogen auf den reichhaltiger zusammengesetzten Verbrauch im Bundesgebiet sinkt die Kaufkraft weiter auf 43 vH. In den Warengruppen lautet sie:

76 vH für Schuhe,

42 vH für Bekleidung,

davon konfektionierte Oberbekleidung 39 vH

39 vH für Heimtextilien und Haushaltswäsche.

Zum Bedarfsbereich der *Haushaltsführung* gehören dauerhafte Gebrauchsgüter wie Möbel und elektrotechnische Geräte und Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs, z. B. Küchengeräte, Reinigungsmittel. Im allgemeinen kosten Gebrauchsgüter das Doppelte wie in der Bundesrepublik und mehr, z. B. Möbel, soweit es sich nicht um ganz einfache Ausführungen handelt, Kühl- und Gefriergeräte erfordern sogar einen vier- bis fünffachen Ausgabenbetrag. Preisgünstiger, aber zumeist immer noch teurer als in der Bundesrepublik sind in der DDR

⁸ Einschließlich Teppiche, Gardinen, Bett- und Haushaltswäsche.

Kaufkraftparitäten zwischen D-Mark und Mark der DDR Mitte 1981

berechnet nach der Verbrauchsstruktur in der DDR für ausgewählte Haushaltstypen

in vH

Ausgaben nach Bedarfsgruppen	Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt ¹⁾		Zwei-Personen-Rentnerhaushalt ²⁾	
	Relative Kaufkraft der Mark der DDR 3)	Ausgabenanteile	Relative Kaufkraft der Mark der DDR 3)	Ausgabenanteile
Waren	88	78,2	95	78,7
Nahrungs- und Genußmittel	106	37,9	105	45,6
davon: Nahrungsmittel	114	25,5	115	32,1
Genußmittel	56	8,8	57	10,7
Verzehr in Gaststätten	179	3,6	172	2,8
Industriewaren	72	40,3	83	33,1
davon: Textilien, Bekleidung und Schuhe	50	13,5	47	12,2
davon: Schuhe, Täschner-, Sattlerwaren	69	2,6	68	1,8
Textilien und Bekleidung	46	10,9	43	10,4
Möbel	40	2,7	50	1,0
Haushaltswaren	77	1,7	81	1,5
Elektrotechn.Erzeugnisse	27	3,9	27	4,4
Übrige Waren	102	18,5	135	14,0
Dienstleistungen	256	13,1	256	16,2
Mieten	435	2,9	455	3,7
Strom, Gas, Wasser	227	1,7	233	2,0
Verkehrsleistungen	357	1,2	286	2,4
Kultur, Sport, Reisen	161	3,3	149	3,0
Reparaturen	192	2,0	189	1,9
Übrige Dienstleistungen	167	2,0	175	3,2
Steuern, Versicherungen, Beiträge	204	8,7	250	5,1
Lebenshaltung insgesamt	120	100,0	130	100,0
Lebenshaltung ohne Mieten	111	97,1	118	96,3

1) Durchschnitt aller Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte. 2) Zwei-Personen-Rentnerhaushalt ohne Erwerbseinkommen. 3) Die Kaufkraft der Mark in der DDR im Verhältnis zur Kaufkraft der D-Mark in der Bundesrepublik.
Quelle: Berechnungen des DIW.

die Gebrauchsgüter Geschirr, Küchen- und Haushaltsgeräte. Teilweise niedriger als in der Bundesrepublik sind die Preise in der DDR für Werkzeug und einige Reinigungsmittel; allerdings gibt es hier noch sehr ausgeprägte Qualitätsunterschiede. Für den 4-Personenhaushalt in der DDR und seinen Verbrauch beläuft sich die relative Kaufkraft in diesem Ausgabenbereich insgesamt auf 51 vH:

Möbel 40 vH
Elektrogeräte 40 vH
Haushalts- und übrige Waren 77 vH.

Am Warenkorb der Bundesrepublik gemessen ergibt sich etwa die gleiche Relation.

Zu der Warengruppe *Individualverkehr* gehören die Ausgaben für die Anschaffung und den Betrieb von eigenen Fahrzeugen, d. h. Fahrräder, Mopeds, Motorräder, Personenkraftwagen. Die PKW-Dichte (PKW je 100 Haushalte) war in der DDR 1980 mit 37 knapp halb so hoch wie im Bundesgebiet (77). Personenkraftwagen kosten etwa doppelt so viel wie

hier, günstiger ist die Relation bei Kleinwagen. Ein Faktor, der die Vergleichbarkeit erheblich stört, sind die langen Lieferzeiten; sie können zehn und mehr Jahre betragen. Das Preisniveau der Verbrauchs- und Gebrauchsgüter der Fahrzeughaltung (Kraftstoff, Öl, Ersatzteile, Zubehör, Pflegemittel) ist sehr unterschiedlich, die Spanne – gemessen an den Preisen in der Bundesrepublik – reicht von 30 bis 300 vH. Kraftstoff war zuletzt kaum noch teurer als in der Bundesrepublik. Steuern und Versicherungen gehören nach der vorliegenden Gliederung nicht zur Warengruppe Individualverkehr, sondern zu den Versicherungen, Gebühren und Kfz-Steuern. Im Durchschnitt beträgt die Relation aller Waren des Individualverkehrs für Arbeitnehmerhaushalte nach westdeutscher Verbrauchsstruktur 170 vH und nach den Verbrauchsverhältnissen in der DDR etwa 135 vH. Etwas niedrigere Werte ergeben sich wegen der geringeren PKW-Haltung für die Rentnerhaushalte.

Auch bei den Waren der Bedarfsgruppe *Bildung und Unterhaltung* sind dauerhafte und höherwertige

Erzeugnisse beträchtlich teurer als in der Bundesrepublik. Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte kosten im Durchschnitt das Fünffache. Foto- und Kinoapparate sowie optische Geräte liegen ebenfalls weit über den vergleichbaren westdeutschen Preisen, auch für Freizeit-, Sport- und Campingartikel muß in der DDR mehr bezahlt werden. Schul- und Büroartikel sowie Papierwaren sind dagegen billiger. Am unteren Ende der Skala liegen Druckerzeugnisse. Für Tageszeitungen müssen die Haushalte in der DDR nur etwa ein Drittel der in der Bundesrepublik erforderlichen Beträge aufwenden, kaum halb soviel kostet ein großer Teil von Jugend- und Fachbüchern. Bei Unterhaltungslektüre und Kunstbänden ist der Preisvorteil geschrumpft. Druckerzeugnisse werden in der DDR subventioniert, das Angebot ist aber recht begrenzt und aus politischen Gründen keineswegs ausgewogen. Die Preisrelationen für die Waren des Bereichs Bildung und Unterhaltung insgesamt liegen bei den betrachteten Haushalten im Durchschnitt zwischen 215 und 240 vH.

Das Preisniveau bei den Artikeln der *Körper- und Gesundheitspflege* ist in der DDR im Durchschnitt um 20 bis 30 vH höher als in der Bundesrepublik. Sehr viel billiger sind indes Erzeugnisse, die der Gesundheitspflege dienen (Medikamente, Verbandzeug, Fieberthermometer), Waren der Körperpflege kosten in aller Regel mehr, kosmetische Artikel (Körperspray, Hautcreme, Badezusatz) sind vergleichsweise teurer als die sogenannten Konsumwaren (Seife, Zahnbürste, Rasierklinge).

Bei der Ausgabenposition *persönliche Ausstattung* handelt es sich um einen recht heterogenen Bereich. Dazu gehören im wesentlichen Uhren, Schmuck und Täschnerwaren. Auch hier bestätigt sich, daß die DDR-Preise für höherwertige Produkte und technische Neuentwicklungen sehr ungünstige Relationen gegenüber der Bundesrepublik aufweisen. Zum Kauf von echtem Schmuck und Quarzuhren muß dort das Sechs- bis Siebenfache des Betrages aufgewendet werden, für herkömmliche Uhren ist das Preisniveau bis zu viermal so hoch, Täschnerwaren kosten im Durchschnitt zwei Drittel mehr.

Die Preise für die meisten *Dienstleistungen* sind in der DDR erheblich niedriger als im Bundesgebiet. Dienstleistungen sind in der Regel arbeitsintensiv; so bildet das niedrige Lohnniveau in der DDR die wichtigste Erklärung für die Preisdifferenz. Verstärkend wirken in vielen Fällen die Subventionen. Dienstleistungen (öffentlicher Verkehr, Bildung und Kultur) werden zwar in beiden Staaten gestützt, in der DDR aber in größerem Umfang. Beeinträchtigt wird die Vergleichbarkeit durch die geringe Kapazität von Reparaturwerkstätten, Tankstellen, Reinigungen, Hotels und anderen Einrichtungen in der DDR.

Die Leistungen des *öffentlichen Verkehrswesens* werden in der DDR infolge der geringeren und sehr teuren individuellen Motorisierung stärker als in der Bundesrepublik beansprucht. Eine hohe Subventionierung der öffentlichen Verkehrsmittel hält die Tarife niedrig. Im Durchschnitt decken die Fahrpreise nur etwa die Hälfte der Kosten. In der Bundesrepublik ist die Subventionierung zwar ebenfalls sehr hoch, die Gesamtkosten übertreffen die in der DDR aber beträchtlich. Im Vergleich zu den im Laufe der Zeit kräftig erhöhten Verkehrstarifen im Bundesgebiet machen die Preise für Verkehrsleistungen in der DDR durchschnittlich nur noch ein Viertel bis ein Drittel aus.

Leistungen des *Nachrichtenwesens* erfordern in der DDR je nach Warenkorb im Mittel zwischen einem Drittel und der Hälfte der entsprechenden Ausgaben im Bundesgebiet. Wie die Verkehrstarife, so sind auch die Posttarife im Gegensatz zu den Preissteigerungen im Bundesgebiet seit Jahren unverändert geblieben; lediglich für das Ortsgespräch im Münzfernsprecher sind noch in beiden Vergleichsgebieten jeweils 0,20 Mark bzw. DM aufzuwenden. Die Zahl der mit Telefonanschlüssen versorgten Haushalte ist in der DDR gering.

Eine sehr wichtige Dienstleistungsgruppe im Haushaltsbudget sind *Kultur, Bildung, Sport, Unterhaltung und Reisen*. Mit steigendem Einkommen und wachsender Motorisierung nimmt auch in der DDR der Tourismus zu. Die Reiseintensität (mehrtägige Urlaubsreisen je Einwohner) unterscheidet sich in beiden Gebieten nicht wesentlich. Während aber mehr als die Hälfte der Urlauber des Bundesgebietes in das Ausland reisen, dominiert in der DDR der Inlandstourismus. Eine große Rolle spielt dort der Feriendienst der Gewerkschaft und der Betriebe; beide bieten Ferienaufenthalte an, für die nur 30 vH und weniger der tatsächlichen Kosten zu zahlen sind. Selbständiges Reisen ist dagegen wegen außerordentlich knapper Übernachtungskapazitäten erschwert und mit merklich höheren Aufwendungen verbunden. Vom Reisebüro vermittelte Kurzreisen sind schon fast genauso teuer wie in der Bundesrepublik und die Preise für Auslandsreisen gar doppelt so hoch. Reisen in westliche Länder sind den meisten DDR-Bürgern noch wie vor versagt.

Unter dem Durchschnitt des Bundesgebietes — teilweise ganz erheblich — liegen alle anderen Verbraucherpreise dieser Gruppe: Für den Kindergartenbesuch zahlen DDR-Bürger z. B. weniger als ein Zehntel, für Unterrichtsgebühren etwa ein Drittel, um die Hälfte billiger sind Eintrittskarten für Sport- und kulturelle Veranstaltungen. Fernsehgebühren (2 Programme) und Rundfunkgebühren betragen 30 vH weniger, wobei Rentner in der DDR von der Zahlung befreit sind. Gemessen an den

westlichen Preisen errechnet sich für die gesamte Bedarfsgruppe eine Relation von 65 vH für die untersuchten DDR-Haushalte und eine von 95 vH nach den westdeutschen Warenkörben; hier schlägt das größere Gewicht der Auslandsreisen durch.

Mit höherem Lebensstandard haben sich auch in der DDR die Anforderungen an das *dienstleistende Gewerbe* verstärkt. Der lange Zeit vernachlässigte Bedarf an Haus- und Wohnungsreparaturen, die gestiegene Ausstattung mit dauerhaften Haushaltswaren und die zunehmende Motorisierung begründen permanente Engpässe in der Versorgung mit Handwerksleistungen. Wie bei den meisten anderen Dienstleistungen sind die offiziellen Preise im Durchschnitt für diese Positionen in der DDR wesentlich niedriger als in der Bundesrepublik, und zwar um knapp die Hälfte. Allerdings gibt es in diesem Bereich graue Märkte.

Erstmals wurden Dienstleistungen der *Versicherungen, Gebühren und Kraftfahrzeugsteuern* mit berücksichtigt. Abgesehen von der Kraftfahrzeugsteuer ist in der DDR für alle Positionen ein deutlich tieferes Preisniveau festzustellen. Im Mittel sind für die Leistungen dieser Gruppe 50 bis 60 vH weniger zu zahlen als im Bundesgebiet.

Ergebnisse

Die Berechnungen lassen erkennen, daß die Preisrelationen für gleichartige Waren und Leistungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sehr breit gestreut sind:

- Weit unter dem westdeutschen Niveau liegen die Preise für Waren des Grundbedarfs und der meisten Dienstleistungen.
- Sehr viel teurer sind Genußmittel, Waren besserer Qualität, dauerhafte Gebrauchsgüter und technische Neuentwicklungen.

Die Differenzierung der Preise hat zur Folge, daß die durchschnittliche Kaufkraft der Mark mit höherem Einkommen und anspruchsvolleren Verbrauchsgewohnheiten im Vergleich zur D-Mark sinkt. Deshalb ergibt sich eine Verschlechterung der Kaufkraftparität der Mark, wenn ein in Warenauswahl und z. T. auch in Mengen sehr viel reichhaltigerer Warenkorb aus der Bundesrepublik zugrunde gelegt wird. Dagegen ist die Kaufkraft der Mark bei den bescheideneren Warenkörben von Rentnerhaushalten höher. Daneben gilt noch die allgemeine Tendenz, daß die Kaufkraft der eigenen Währung gegenüber dem heimischen Warenkorb höher ist als gegenüber jedem anderen (Ophelimitätsmaximum).

Bei einer Lebenshaltung nach der Verbrauchsstruktur in der DDR beträgt die *durchschnittliche*

Kaufkraftparitäten zwischen D-Mark und Mark der DDR Mitte 1981

Ausgaben nach Bedarfsgruppen insgesamt	Relative Kaufkraft der Mark der DDR ¹⁾	
	Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt	Zwei-Personen-Rentnerhaushalt
	in vH	
Verbrauchsstruktur in der Bundesrepublik	83	98
Verbrauchsstruktur in der DDR	120	130
Kreuzung der Warenkörbe	102	114

1) Die Kaufkraft der Mark in der DDR im Verhältnis zur Kaufkraft der D-Mark in der Bundesrepublik.
Quelle: Berechnungen des DIW.

Kaufkraft der Mark für den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt 120 vH der Kaufkraft der D-Mark, d. h. für die gleichen Waren und Leistungen waren in der Bundesrepublik Mitte 1981 20 vH mehr zu zahlen als in der DDR. Nach dem westlichen Warenkorb war jedoch mit 83 vH die relative Kaufkraft der Mark der DDR wesentlich geringer. Das Ergebnis wird erheblich durch die vergleichsweise niedrigen Mieten in der DDR beeinflusst. Ohne die Ausgaben für Wohnen würde die Relation für den DDR-Haushalt statt 120 vH nur 111 vH ausmachen und bei der Verbrauchsstruktur im Bundesgebiet statt 83 vH nur 73 vH. Bei den Rentnerhaushalten ergeben sich gegenüber den Arbeitnehmern für die Mark der DDR günstigere Paritäten; sie betragen für den Warenkorb in der Bundesrepublik 98 vH (ohne Mieten: 81 vH) und für den Warenkorb in der DDR gar 130 vH (118 vH).

Durch die Verwendung unterschiedlicher Haushaltstypen und Verbrauchsstrukturen gewinnt man Vorstellungen über das Maß der Differenzierung der Kaufkraftparitäten; mit der — wegen der großen Abweichungen allerdings problematischen — Bildung von Mittelwerten (*Kreuzung der Warenkörbe*) lassen sich diese Ergebnisse zusammenfassen. Der Durchschnitt der Kaufkraftrelationen, berechnet nach den Verbrauchsstrukturen der Bundesrepublik und der DDR, liegt für die 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte bei 102 vH und für die 2-Personen-Rentnerhaushalte bei 114 vH. Die Kaufkraft der Mark der DDR — gemessen an der der D-Mark — ist also in beiden Fällen höher, einmal geringfügig und im anderen Fall um etwa ein Siebentel.

Ein Vergleich mit früheren Untersuchungen des DIW zeigt, daß sich, entgegen dem längerfristigen Trend, die Kaufkraftparität der Mark nicht weiter

verbessert hat. Gegenüber der letzten Berechnung des DIW für 1977 ist bei den Relationen der gekreuzten Warenkörbe eine relative Verschlechterung von drei bis vier Prozentpunkten⁹ für beide Haushaltstypen eingetreten. Das mag angesichts der Preissteigerung in der Bundesrepublik überraschen, aber auch in der DDR hat sich das Preisniveau erhöht, insbesondere von 1979 an für den höherwertigen Bedarf. Außerdem hat in der DDR mit steigenden Einkommen der Anteil von dauerhaften Konsumgütern und Waren besserer Qualität am Gesamtverbrauch zugenommen. Der Trend hin zum gehobenen Bedarf wurde von der Angebotsseite her verstärkt; zahlreiche preiswerte Waren sind in der DDR aus den Läden verschwunden und durch bessere, aber vergleichsweise sehr viel teurere ersetzt worden.

Von der Höhe der berechneten Kaufkraftparitäten der Währungseinheiten darf nicht auf ein entsprechendes Niveau der Lebenshaltung geschlossen werden. Entscheidend für den Lebensstandard — soweit er vom privaten Verbrauch abhängt — sind neben den Preisen die *Einkommen*. Im Jahre 1980 betragen die durchschnittlichen Nettoeinkommen¹⁰ in der

	Bundesrepublik Deutschland in DM	DDR in M
4-Personen-Arbeit- nehmerhaushalt	3 868	1 720
2-Personen-Rentner- haushalt	2 095	835

Obwohl in der DDR mehr Verdiener zum Haushaltseinkommen beitragen, waren die Einkommen in der Bundesrepublik nominal mehr als doppelt so hoch. Bereinigt um Kaufkraftunterschiede — unter Verwendung der Relationen der gekreuzten Warenkörbe — errechnet sich für beide Haushaltstypen immer noch ein realer Einkommensrückstand der DDR von gut 50 vH.

⁹ Aus den Neuberechnungen wurde für diesen Vergleich die Gruppe der Dienstleistungen der Banken und Versicherungen, Gebühren, Kraftfahrzeugsteuern u. a. eliminiert, weil sie in der Untersuchung von 1977 nicht enthalten war.

¹⁰ Quellen: Bundesrepublik Deutschland: Einkommensrechnung des DIW. DDR: Statistisches Jahrbuch der DDR 1981, S. 272. Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 52 Untersuchungen zu Fragen regional unterschiedlicher Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland.** Darstellung — Begründung und Auswirkungen am Beispiel ausgewählter Bundesländer. Von Urs Dolinski. 217 S. 1979. DM 116,—.
- Heft 53 Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf.** Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Arthur Boneß. 100 S. 1979. DM 48,—.
- Heft 54 Jährliche nominale Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und Investitionsmatrizen für die Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1974.** Von Egon R. Baumgart, Reiner Stäglich, Jörg-Peter Weiß, Hans Wessels und Mitarbeiter. 128 S. 1979. DM 48,60.
- Heft 55 Vergleich von Präferenzsystem und Präferenzvolumen im Land Berlin und in den übrigen Bundesländern.** Von Kurt Geppert und Kurt Hornschild unter Mitarbeit von Walter Schönning. Betriebliche Fallstudien der Treuarbeit AG, Berlin. 147 S. 1979. DM 89,60.
- Heft 56 Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Einflüssen der Umsatzkonzentration auf industrielle Kennziffern.** Eine empirische Analyse anhand ausgewählter Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1962 bis 1974. Von Rainer Pischner. 80 S. 1979. DM 39,80.
- Heft 57 Ursachen für die Unterschiede in der Höhe der Versichertenrenten an Frauen und an Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung.** Von Ellen Kirner. 135 S. 1980. DM 89,60.
- Heft 58 Analyse und Prognose der Wohnungsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Klaus-Dietrich Bedau und Rudi Ulbrich. 161 S. 1980. DM 98,—.
- Heft 59 Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials.** Von Manfred Melzer. 250 S. 1980. DM 124,—.
- Heft 60 Die Bedeutung des strukturellen Wandels für die Beschäftigung.** Input-Output-Analysen der Beschäftigungswirkungen von Strukturveränderungen der Nachfrage 1962 bis 1976. Von Jochen Schmidt, Reiner Stäglich, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels. 69 S. 1980. DM 36,80.
- Heft 61 Abschwächung der Wachstumsimpulse.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. 288 S. 1981. DM 58,—.
- Heft 62 Berechnung des Industriellen Brutto-Anlagevermögens in den EG-Ländern unter Anwendung einheitlicher Definitionen, Abgrenzungen und Verfahren.** Von Bernhard Seidel unter Mitarbeit von Inge Schweiger. 363 S. 1981. DM 156,80.
- Heft 63 Triangulation und Blocktriangulation von Input-Output-Tabellen und ihre Bedeutung.** Von Hans Wessels. 124 S. 1981. DM 86,—.
- Heft 64 Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.** Von Bernd Bartholmai, Herwig Birg, Wolfgang Erfeld, Nikolai Lutzky, Horst Mentrup, Friedhelm Plogmann, Hans Joachim Schalk. Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 65 Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (Berlin FG).** Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung. Von Peter Ring. 276 S. 1981. DM 64,—.
- Heft 66 Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft.** Eine vergleichende Analyse für sechs EG-Länder anhand aktueller Import- und Exportströme im Handel mit Industrieprodukten. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Karin Hollmann. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 67 Tarifpolitik und europäische Integration.** Von Bernhard Seidel. 176 S. 1981. DM 110,—.
- Heft 68 Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.** Von Henryk Bolik, Dieter Holsken, Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld, Norman Treinies, Dieter Wilken. Koordination Heinz Enderlein und Hartmut Kuhfeld. 226 S. 1981. DM 112,—.
- Heft 69 Staatliche Einflußnahme auf die Baunachfrage.** Eine Analyse für die Jahre 1965 bis 1980. Von Dieter Vesper. 262 S. 1981. DM 89,60.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Die öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich. Bearbeitet von Bernhard Seidel. —

Das Kaufkraftverhältnis zwischen der D-Mark und der Mark der DDR Mitte 1981.

Bearbeitet von Charlotte Otto-Arnold und Heinz Vortmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.